

(Präsident.)

- (A) (Nr. 806.) Desgleichen über die Petition des Friedrich Hermann Langhaus in Weithain um Gewährung einer Entschädigung aus Staatsmitteln.

Präsident: Zur Schlußberatung auf eine Tagesordnung.

(Nr. 807.) Königl. Dekret vom 29. April 1912, mehrere Eisenbahnangelegenheiten betr.

Präsident: Zur allgemeinen Vorberatung auf eine Tagesordnung.

(Nr. 808.) Antrag zum mündlichen Berichte der Finanzdeputation B über die Petitionen der Stadträte und Stadtverordneten von Crimmitschau und Glauchau, der Gemeinderäte zu Rudelswalde, Gablenz, Neukirchen, Blankenhain, Raundorf, sowie des Gewerbe-, des Spinner- und Fabrikanten-, des Kaufmännischen, des Gastwirts- und des Erzgebirgsvereins in Crimmitschau um Erbauung einer normalspurigen Bahnlinie Crimmitschau-Dennheritz mit Anschluß an die bestehende Hof-Leipziger Linie in Crimmitschau einerseits und an die Gera-Glauchauer Linie in Dennheritz andererseits.

(Nr. 809.) Desgleichen über die Petition der Stadt Riesa und Genossen um den Bau einer normalspurigen Eisenbahn Riesa-Strehla-Landesgrenze mit Anschluß an die bereits genehmigte Eisenbahn Torgau-Belgern auf dem linken Elbufer.

- (B) (Nr. 810.) Desgleichen über die Petition des Majors v. Thielau auf Lampertswalde und Genossen nebst Anschlußpetition um Erbauung einer Eisenbahn Dschätz-Lampertswalde-Belgern.

(Nr. 811.) Antrag zum mündlichen Berichte der Beschwerde- und Petitionsdeputation über die Petition des Kaufmanns Leopold Schaye in Dresden um Rückerstattung von Kosten und Auslagen in einer Privatklagsache.

(Nr. 812.) Bericht der Finanzdeputation A über Kap. 65 des ordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1912/13, Wegebau-, Wegeunterhaltungs- und Wasserbauunterstützungen, sowie Aufwendungen für wasserpolizeiliche Zwecke betr.

(Nr. 813.) Antrag zum mündlichen Berichte der Finanzdeputation A über die Petition des Privatus Franz Schönfeld in Königshain und 53 Genossen um Erhöhung der Wegebaubeihilfe für Königshain.

(Nr. 814.) Bericht der Finanzdeputation A über Kap. 7 und Kap. 45 des ordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1912/13, Leipziger Zeitung und Dresdner Journal betr.

Präsident: Sämtliche 7 Anträge und Berichte Nr. 808—814 kommen zur Schlußberatung auf eine Tagesordnung.

Entschuldigt sind für heute Herr Abg. Kentsch wegen auswärtiger Landtagsangelegenheiten und Herr Abg. Bleyer wegen dringender Geschäfte.

Wir treten in die Tagesordnung ein: Schlußberatung über den Bericht der Finanzdeputation A über Kap. 9 des ordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1912/13, königl. Steinkohlenwerk Zaukerode betreffend. (Drucksache Nr. 396.)

Berichterstatter für Herrn Abg. Hofmann Herr Sekretär Anders.

Ich eröffne die Debatte und gebe ihm das Wort.

Berichterstatter Sekretär Anders: Meine Herren! Der Bericht über Kap. 9 liegt Ihnen unter Nr. 396 vor. Ich bitte Sie namens der Deputation, die Anträge, die Sie auf S. 7 finden, anzunehmen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Sekretär Fleißner.

Sekretär Fleißner: Meine Herren! Wie Sie aus dem schriftlichen Berichte ersehen, hat sich die Deputation unter anderem sehr eingehend mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen im Werke Zaukerode beschäftigt. Ich habe Veranlassung, auch hier im Plenum noch einmal in aller Kürze auf die Verhältnisse einzugehen, um so mehr, als in der Deputation noch das und jenes von der Regierung bestritten worden ist und ich nach meinen inzwischen eingezogenen Informationen die Ausführungen, die ich damals gemacht habe, im wesentlichen (D) aufrechtzuerhalten habe.

Was zunächst die Entlassung eines Heizers anlangt, so liegt hier offenbar eine Unstimmigkeit oder überhaupt ein anderer Fall vor als der, der in dem schriftlichen Berichte erwähnt ist. Dort heißt es, daß im Juni 1910 der betreffende Arbeiter freiwillig die Arbeit verlassen habe. Ich habe eine längere Darstellung des ganzen Falles bei der Hand und bin bereit, sie der Regierung in einer Abschrift zur Verfügung zu stellen, weil in dieser Darstellung eine ganze Reihe von Einzelheiten enthalten sind, die auf den Betrieb selbst Bezug haben, so daß die Regierung in der Lage sein würde, den Einzelheiten mehr nachzugehen, die ich hier nicht erörtern will. Fest steht aber, daß es sich nicht um eine freiwillige Arbeitsniederlegung handelt, sondern daß der Betreffende am 12. November 1910 nach 10jähriger Tätigkeit entlassen worden ist. Es handelt sich um einen Heizer und Maschinisten. Der Mann hatte nach seinen Angaben Differenzen mit dem vorgesetzten Beamten, weil er sich dagegen wehrte, daß er Arbeiten verrichten sollte, die sich mit den Vorschriften nicht in Einklang bringen ließen. Schließlich erklärte der Mann, er werde sich unter Umständen beschwerdeführend an das Bergschiedsgericht wenden. Weil er das getan hat, ist er angeblich entlassen worden.